



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995
Telefax: 0711 2551 997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 23.08.2013

Pressemitteilung

Manfred Groh MdL: „Ersatzbrückendiskussion ist eine Debatte im luftleeren Raum und taugt nicht dazu, neue Impulse zu geben“

Manfred Groh zeigt sich verwundert über die von OB Dr. Mentrup erneut ins Spiel gebrachte Ersatzbrückendiskussion. „Diese Lösungsvariante wurde bereits vor Jahren in einer Machbarkeitsstudie geprüft und als nicht umsetzbar verworfen. Ich wüsste nicht, was sich daran akut geändert haben sollte. Aufgrund dessen ist die nun wieder angestoßene Ersatzbrückendiskussion eine Debatte im luftleeren Raum und taugt nicht dazu, der insgesamt festgefahrenen Situation neue Impulse zu geben“, so Groh in einer ersten Reaktion.

„Eine mögliche Ersatzbrücke würde das derzeit laufende Planfeststellungsverfahren ad absurdum führen und den Bau nur weiter unnötig um viele Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte verzögern“, ist sich Manfred Groh sicher. „Der erneute Vorstoß zeigt vor allem eines: Eine mangelnde Abstimmung von Dr. Mentrup mit der Pfälzer Seite. Schließlich beruhen die derzeitigen Planungen für die zweite Rheinbrücke auf einem jahrlangen Abwägungsprozess zwischen den Planungsfachleuten auf beiden Seiten des Rheins. Dies kann man nicht einfach so beiseiteschieben. Nicht

zuletzt wird vollkommen verdrängt, dass die Wirtschaft die zweite Rheinbrücke dringend braucht und fordert.“

Unverständlich ist auch die negative Grundhaltung aus Teilen des Gemeinderates. „Es ist nicht zielführend, wenn die Grünen und weitere Gruppierungen im Karlsruher Gemeinderat sich darauf berufen, dass die zweite Rheinbrücke keine Mehrheit im Gemeinderat hat. Auf diese Weise entsteht der Eindruck, dass die zweite Rheinbrücke mit dem Votum des Karlsruher Gemeinderates steht und fällt. Dies ist schlicht abwegig. Auch der Gemeinderat sollte beachten, seine Kompetenzen nicht falsch einschätzen. Feststeht, die Stadt Karlsruhe wird als Träger öffentlicher Belange gehört. Sie hat aber darüber hinaus hat kein Befassungsrecht. Diese Tatsache gefällt nicht jedem. Sie ist aber Fakt“, so der CDU-Landtagsabgeordnete abschließend.